

# Mit dem Geld anderer

*Zum SZ-Bericht „Auf den letzten Drücker zu EAM“ vom 15. Oktober:*

Dass der Staat (...die Kommune) der „bessere“ Unternehmer ist, hat sich ja schon millionenfach als schwerer Irrtum erwiesen und gehört eigentlich in den Bereich sozialistischer Tagträumereien. Trotzdem schließt sich nun die Gemeinde Friesenhagen einer (zweifelhaften) Re-Kommunalisierung des Stromnetzes an und spielt Unternehmer.

Erinnern wir uns – das Netz wurde 2013 von den hessischen Kommunen für 611 Mill. Euro von EON zurückgekauft und in 2014 wurden 49,9 Prozent hiervon zum Gesamtwert von ca. 450 Mill. Euro anderen Kommunen angeboten. Bedeutet das, dass binnen Jahresfrist der „Unternehmenswert“ auf 900 Mill. Euro gestiegen ist? Friesenhagen erhält nun „endlich“ einen Anteil an der EAM von wohl 0,73 Prozent für rund 750 000 Euro. Nein, nein, zahlen muss man dies natürlich nicht – die Summe wird finanziert und man muss ja nur bürgen. Zins und Tilgung werden aus den Unternehmensgewinnen bestritten, daher gibt's auch in den nächsten 25 Jahren keine Gewinnausschüttung.

Die Finanzierung bedeutet selbst bei Niedrigzinsen, dass allein für den Anteil Friesenhagens die EAM mindestens 35 000 Euro pro Jahr erwirtschaften muss – auf alle Kommunen bezogen sind das

rund 40 Mill. Euro pro Jahr. Im Rumpfgeschäftsjahr 2013 machte die EAM 20,8 Mill. Euro Verlust, für 2014 „rechnet“ man mit einem positiven Ergebnis von 15 Mill. Euro (Jahresabschluss 2014 ist noch nicht veröffentlicht). Diese Zahlen basieren auf eigener Recherche, ich erhebe keinen Anspruch auf Richtigkeit. Und jeder möge dieses Zahlenwerk selbst interpretieren.

Als Friesenhagener Bürger bin ich jedenfalls nicht glücklich mit der Tatsache, dass mit meinen Steuern spekuliert wird. Selbst die IHK Hessen hat eindringlich vor einer EAM-Beteiligung gewarnt. Seitens des Gemeinderats aber auch noch von einer „entsprechenden Einflussnahme“ (auf die EAM) zu reden, ist angesichts von 0,73 Prozent Anteil hochgradig lächerlich. Und dass die anderen 109 Kommunen „nicht alle doof sein können“, sei mal dahingestellt. Man muss ja auch nicht „doof“ sein, um als Kommune ein solch geschäftliches Wagnis einzugehen. Aber vielleicht hilft's.

Ein Unternehmer setzt jedenfalls eigenes Geld ein und haftet auch persönlich. Wenn in vielleicht 20 oder 25 Jahren eine dicke Rechnung auf dem Tisch liegt, weil die Sache schief gelaufen ist, hat keiner der jetzt Verantwortlichen einen Schaden davon. Es ist ein leichtes, mit dem Geld anderer zu spekulieren.

Christof Lautwein, Friesenhagen, Bitzchen 1